

Volks-Zeitung

mit täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt U.K.

Preis: 10 Pf.
Abonnementspreis: 3 Mark
Einzelhefte: 10 Pf.

Verleger: Rudolf Mosse, Berlin 9.
Druck: Rudolf Mosse, Berlin 9.

Was bringt das Beamtenrätegesetz?

„Beamtenauschüsse“ — nicht: Beamtenräte. — Der Aufbau und die Befugnisse der Orts-, Bezirks- und Haupt-Beamtenauschüsse. — Annahme der Ausschussschlüsse durch den Reichsrat.

Der Reichsrat hielt gestern nachmittag unter Vorsitz des Staatsrechts-Peupl eine öffentliche Sitzung ab. Eingegangen ist unter anderem die Beschlüsse zum Körperrechts-Gesetzgebot. Der Reichsrat erteilte dem Reichstag angenommenen Gesetzentwürfen über den Volkseigentum, über die Beschränkung des Aufstiegsgebäudes und über die Erhebung einer Wohnungsteuer.

beamten und der ganzen Beamtenwelt gewährt werden, und als Ersatz für eine Reorganisation der höheren und mittleren Beamten durch die Unterbeamten war nur vorgesehen, daß jede Gruppe mit mindestens einer Beizeh vertreten sein müsse. Die Ausschüsse haben fast durchwegs wohl angenommen, weil ihnen der Erfolg für die höheren und mittleren Beamten in der Regierungsvorlage nicht genügend erschien.

Der Regierungsentwurf gibt in sechs Paragraphen den Beamten eine Reihe von Befugnissen teils qualitativ, teils quantitativ. Sie haben zu vermitteln und anzulegen. Zuerst ist eine ausschlaggebende Mitentscheidung der Beamtenauschüsse nicht in der Vorlage enthalten, im Gegenteil, bei einer Differenz zwischen dem Ausschuss und dem Vorgesetzten entscheidet über die höhere Ausübung ein Schlichtungsausschuss, sondern nach qualitativer Anordnung des höheren Beamtenrats der höhere Vorgesetzte und in letzter Instanz der höchste Dienstvorgesetzte.

Die von einem Teil der Beamtenenschaft verlangten Schlichtungsausschüsse für den öffentlichen Geschäftsbereich der Entwurf nicht eingeführt, weil man keine Instanz einführen wollte, die nicht, wie die Minister dem Parlament verantwortlich ist, sondern ohne Verantwortung gegenüber der Volkvertretung sein würde, denn hierin würde, wie der Referent hervorhob, eine Durchbrechung des ersten Prinzips liegen, auf dem die Verfassung der Republik beruht und beruhen muß, des Prinzips der parlamentarischen Verantwortung ihrer höchsten Leiter.

Die grundlegenden Änderungen des Ausschusses ist die der Ausschüsse, die den Beamtenräten überlassen werden, daß das Gesetz außerordentlich wichtig sei.

Gegen wenige Stimmen (darunter gegen die Stimme Württemberg) nahm das Plenum des Reichsrats den Gesetzentwurf nach den Beschlüssen der Ausschüsse an.

Schließlich erklärte sich der Reichsrat mit einem Antrag der drei Sozialisten auf Abänderung der Verordnung über die beiden Hälften vom 11. April 20, dahin einverstanden, daß der Reichsrat für die Weiterführung der alten Gesetzeslage bis zum 1. Juli 1922 verlängert wird.

Ueber die Stellung der demotokratischen Beamten zu dem Reichsrat angenommenen Entwurf über die lange genug ausgeübten Ausschüsse wird noch ausführlich zu sprechen sein. Uns scheint noch mancherlei einer Verbesserung zu bedürfen!

Reform des Haushalts!

Wo kann sie beginnen? Von Regina Deutsch.

Die neue Zeit, welche die Frauen zu freien Staatsbürgerinnen gemacht hat, ist frohen für die meisten von ihnen eine Wohl-Zeit geworden. Gewiß, auch die Männer, alle Deutschen, leiden unter den schweren Folgen des verlorenen Krieges, aber diejenigen, die täglich, stündlich den durch ihn ausgeübten Druck spüren, das sind die Frauen. Allerdings nicht alle machen sich das klar. Viele fühlen wohl über die Kassennot, aber über die fast unerschwinglichen Preise aller Lebensmittel, aber sie fügen die Ursache dieser Not in anderen Dingen, oft in der Unfähigkeit oder dem Willkür der Regierung, oder gar in dem Wechsel der Staatsform.

In der Kriegszeit, die Hunderttausende von Frauen von ihrem Heim, von ihrem Herd fort in die Betriebe gerufen hat, entstanden überall „Mittelschichten“: Volks-, Kriegs-, „Mittelschichten“, Beamtenfamilien. Sie haben nicht immer alle Wirtschaftsbetriebe, vielfach wurde über die Kost gestakt, aber schließlich haben sie doch irgendwie gewirkt und mit dazu beigetragen, unter Wollt von dem allerhöchsten zu bewahren. Hunderttausende von Frauen fehlten wieder an den häuslichen Herd zurück, den aufrecht zu erhalten ihnen immer schwerer wird. Da taucht als Rettungsanker, als Zukunftshoffnung eine neue Erziehung auf: das Einführen haus.

Der Gedanke einer gemeinsamen Küche für eine größere oder kleinere Zahl von Haushaltungen ist eigentlich nicht neu. Der romantische Vorred, vor allem Dänemark, hat ohne von der Welt zum getriebenen zu sein — mit dieser genialsten Art der Haushaltung begonnen. In Deutschland ist schon vor etwa fünfundsiebzig Jahren Mit Braum schriftstellerisch und rednerisch dafür eingetreten. Die praktischen praktischen Versuche scheiterten zwar, was die Grundidee etwas in Mißkredit gebracht hat. Diese selbst ist jedoch so gesund, daß sie nicht umgebracht werden kann. Sie hebt nicht etwa das Familienleben auf, sondern sie läßt jeder Familie ihre eigene abgeschlossene Wohnung. Für die Küche entfernt sie daraus und verlegt sie in eine Zentralküche. Das in dieser bereite Essen wird nicht, wie in Hotels, Pensionen usw., in einem gemeinsamen Raum eingenommen, sondern jeder Partei durch Aufzüge in die Wohnung gelandt. Welche Organisation das für die einzelne Hausfrau wie auch für die Allgemeinheit bedeutet, liegt auf der Hand. Wieviel Köchen würden der Lebensunterhaltung entzogen und könnten zur Erwerbung benutzt werden, wenn zum Beispiel in einem großstädtischen Hause statt der zwanzig Küchen, in denen täglich oft daselbst Essen gekocht wird, nur eine in Benutzung wäre? In all den Einzelkochen wird auch Beleuchtung gebraucht, die gleichfalls Kohlenverwendung bedeutet. Größere Mengen Lebensmittel lassen sich auch billiger und besser gemeinsam einkaufen, als kleine im einzelnen.

Zweierlei ist erforderlich, um das Einführenhaus anzubahnen zu machen. Die Preise für Wohnung und Essen dürfen nicht zu hoch, und das Essen selbst muß schmackhaft sein und abwechslungsreich, Vorbedingung dafür ist, daß jeder Unternehmern in der Verwaltung ausgeschaltet bleibt, und daß die Bewohner Einfluß auf die Wirtschaftsführung haben. Das kann nur geschehen, wenn das Einführenhaus auf gemeinsamen wirtschaftlicher Grundlage ruht. Jeder Bewohner muß zugleich Anteilhaber der Gemeinschaft und an ihrem Fortschritt beteiligt sein, besser Zinsen ihm auf die festgesetzte Miete angerechnet werden. Die Höhe des Zinsfußes, sowie die Höhe der Miete wird nach einem gemeinsam beratenen Wirtschaftsplans von den Genossen festgelegt. Nur diese können eine etwa notwendig werdende Veräußerung des Hauses für Essen und Wohnung bestimmen, und anderes mehr. Der Verwalter ist der Angestellte der Bewohner, der nach ihren Wünschen das notwendige Personal anstellt, und die Art der Ernährung gemeinsam mit ihnen regelt. Ein Ausschuss der Genossen, ein männlicher zur Überwachung der Wirtschaftsführung, ein weiblicher zur Beaufsichtigung des Küchenbetriebes, könnte gewählt werden. Auf weitere Einzelheiten kann hier nicht näher eingegangen werden. Der persönlichen Gestaltungsfähigkeit wird voller Spielraum gegeben.

Die Einwendungen gegen das Einführenhaus betreffen meist die Art der Verteilung. Die vielfach gedachte Ansicht, in größeren Mengen bereitetes Essen sei nicht so wohlfeil wie das individuell bereite, hat wohl etwas Wahres. Durch besondere Sorgfalt, durch die Aussicht der persönlichen daran beteiligten Genossen, ließe sich dem aber wohl abhelfen. Zudem könnte in jeder Wohnung ein Gasofen angebracht werden, der zur Vereinfachung kleinerer Haushalte, besonders in Krankheitsfällen, dienen würde. Heutzutage soll ja hier nur ein Weg gezeigt werden, den nicht jeder zu gehen braucht. Wenn nach diesen Überlegungen kein Verlangen nach einem Einführenhaus besteht, für den Brauch es auch nicht vorhanden zu sein. Es soll die Einzelwirtschaft nicht in ihrer Gesamtheit ablösen, sondern nur denen dienen, die nach neuen Formen des Wirtschaftslebens suchen. Und deren gibt es gar viele!

Ich denke hier an die Tausende von alleinlebenden Frauen des mittleren Bürgerturns, welche vor dem Kriege durch die Wie von Hausangehörigen in der Lage waren, sich ehrenamtlich sozialen Wünschen, künstlerischen und wissenschaftlichen Bestrebungen, oder auch der Vereinsamtheit zu widmen. Die Fortführung eines derartigen Lebens ist ihnen heute nicht mehr möglich. Es heißt, sich einschränken oder zu einem Gewerbe greifen.

Oberschlesien ist deutsch!

Der beste Beweis: die amtlichen Abstammungsziffern der interalliierten Kommission.

Table with 2 columns: Name of region, and two columns of numbers representing statistics.

Nach der amtlichen Feststellung der interalliierten Kommission haben im Gesamtabstammungsgebiet also 45 Prozent Gemeinden eine polnische Mehrheit und 55 Prozent Gemeinden eine deutsche Mehrheit. Diese Feststellung ist wesentlich von Interesse, weil sie bezeugt, daß die polnische Darstellung durch abweichend Redensarten eine Mehrheit polnischer Gemeinden heranzugerechnet hat, wenn ich eine Mehrheit polnischer Stimmen trotz aller Anstrengungen nicht zu erbringen konnte.

Auf dem hiesigen Bahnhof sind gestern zwei polnische Munitionswagen auf bisher noch unerklärliche Weise explodiert. Der Sachverhalt ist überaus groß. In dem einen sind in weiteren Umkreis die Bahnanlagen und Wägen unbrauchbar geworden. Von den umstehenden Häusern sind fünfliche Fenster und Türen herausgerissen worden. Noch vor-

stichtiger Schädigung beläuft sich der entstandene Schaden auf 50 Millionen Mark. Von dem polnischen Kommandanten wurde eine Anzahl deutscher Kaufleute der Stadt Widmit verhaftet. Da man den Deutschen die Schuld an der Explosion in die Schuhe zu schieben sucht. Die Erzeugung in der Stadt ist ungelohnt. Dem Bemühen des italienischen Konsultenleutnants es noch nicht, die Verhafteten frei zu bekommen.

Die Sitzung des Obersten Rates.

Am 15. Juli? London, 23. Juni. (E. E.) Der Oberste Rat der Alliierten dürfte voraussichtlich am 15. Juli wieder zusammentreten. England wird dabei die Forderung erheben, daß die Frage der Sanktionen endgültig gelöst werde. Weiter wird England verlangen, daß die Jassinen am Rhein schriftweise aufgegeben werden, in dem Maße, wie Deutschland sich seiner ersten Verpflichtungen in Übereinstimmung mit dem Londoner Abkommen entledigt, wird die Rheinlinie auf dem rechten Ufer aufgehoben. Später soll dann die Ruhr auswärts Duisburg und Düsseldorf geräumt werden. Die Forderungen für die Aufhebung dieser Sanktionen werden noch schärfen sein. Der Oberste Rat wird sich auch mit Ober-schlesien beschäftigen, und auch die Orientfragen sind besprochen werden müssen.

Triff Le Rond doch zurück!

Paris, 23. Juni. Wie bereits gemeldet, hat Lord Curzon bei der Befragung der ober-schlesischen Frage im Auftrag des englischen Kabinetts die Abberufung des Generalen Le Rond von Dapeln gefordert. Es scheint, daß Frankreich diesem Wunsch nachkommen wird, wenigstens nicht in unterrichteten hiesigen Kreisen Le Ronds Rücktritt bereits als feststehende Tatsache. Von einem hiesigen Blatt wird als Nachfolger Jannart genannt, der nicht mehr nach Rom zurückkehren soll. Auch andere Informationen trifft dies jedoch nicht zu, es ist für eine andere Persönlichkeit in Aussicht genommen worden sein.

Es darf wohl auch als sicher gelten, daß Le Rond in jedem Falle durch einen Politiker ersetzt wird? Denn die Generalpolitik dürfte auch für Paris genügend Risiko gemacht haben!